

KOMMENTARE

ZUM ZEITGESCHEHEN

SONDERFOLGE 497

Beilage zu Folge 496

Als im Jahr 1976 das Parlament die 25 % Regelung beschlossen hatte, erklärte der damalige Bundeskanzler Kreisky den Artikel 7 des Staatsvertrages für erfüllt.

ZUM NARREN GEHALTEN

Im März 2002 haben wir im „Weitblick“ darüber berichtet, welcher Methoden sich österreichische Politiker bedienen, um gemeinsam mit den Kärntner Slowenen Unfrieden in Kärnten zu stiften. Wir brachten auch einen Auszug aus einem Artikel im Naš tednik Nr. 28 aus dem Jahr 1977, der die tatsächlichen Forderungen der slowenischen Minderheit aufzeigt. Betrachtet man den derzeitigen Eiertanz rund um das Ortstafelgesetz, so meint man in Schilda zu sein.

Urteilen Sie selbst:

„Im Jahre 753 nach der Gründung des großmächtigen Königreiches Nirdenheim wurde der Reichstag in die Hauptstadt Wodenn einberufen. Dorthin eilten aus allen Gegenden des Reiches und aus den umliegenden Ländern unzählige Leute. Da kamen viele Menschen hohen und niederen Standes, geistliche und weltliche, Adel und Unadel. Denn alle hofften, daß auf dem Reichstag etwas Besonderes geschehen werde. Auch der nirdenheimische König Werwohl kam in höchstgelegener Person. Er wollte dafür sorgen, daß alles ordentlich und gesittet zugehe. Da die Schildbürger aber in ihrem Rathaus keine Fenster hatten, hatten sie darin keinen Fingerhut voll Licht. Darum beschlossen sie, es hineinzuholen. Ein jeder hatte ein Gefäß mitgebracht, um den Tag darin zu fangen und ihn ins Rathaus zu tragen. Sie hielten lange Säcke auf, ließen die Sonne hineinscheinen und banden sie eiligst zu. Dann trugen sie sie ins Haus, um den Tag da drinnen auszuschütten. Einer hatte gar ein Bündel Mausefallen aufgestellt, um das Tageslicht einzufangen. So plagten sie sich redlich bis in den Abend, aber im Rathaus blieb es so dunkel wie zuvor. Und weil nun die Schildbürger von des Tages Hitze und Arbeit ganz müde und durstig waren, zogen sie ins Wirtshaus und tranken einen tiefen Schluck aus der Gemeindegasse.“

So war das einst in Schilda, und aus Angst vor dem Maushund wanderten die Schildbürger in alle Welt hinaus. Davon kommt es, daß man heute überall Narren findet.“

Im Jahre 2011 trug es sich zu, daß sich der Landeshauptmann von Kärnten, Gerhard Dörfler, mit den „heiligen drei Königen“ (Zitat Dörfler), dem Obmann des Rates der Kärntner Slowenen und Hohen Repräsentanten von Bosnien-Herzegowina Zdravko Inzko, dem Chef des Zentralverbandes und strammen Kommunisten Marjan Sturm und dem Vertreter der Kärntner Einheitsliste Bernhard Sadounig zusammensetzte um über zweisprachige Ortstafeln in Kärnten zu verhandeln. Auch ein Burgenländer, der Staatssekretär für Medien und Koordination im Kanzleramt, der „Partycrasher“ Josef Ostermayer, war bei den Verhandlungen zugegen. Wochenlang wurde gefeilscht und gemauschelt, selbst der Kanzler Faymann und der Präsident Fischer meldeten sich zu Wort (Fischer mit den staatstragenden Worten „Es nützt nichts, aber es schadet auch nichts“), ohne dem Volk von Kärnten zu sagen, worüber genau man verhandelt hatte. Als sie dann endlich alle zufrieden waren und einen tiefen Schluck aus der Gemeindegasse getrunken hatten (man sprach von Kärntner Bier!), präsentierte der Landeshauptmann seine Königs-idee – eine Ortstafelbefragung.

Jetzt, nachdem alles beschlossen und fertig war, sollte das Volk etwas absegnen, von dem ihm überhaupt nichts bekannt ist.

Landeshauptmann Dörfler ließ 442.287 Karten drucken und an alle stimmberechtigten Kärntner verschicken. Die Frage, die nur mit ja oder nein zu beantworten war, lautete:

„Sind Sie mit dem erzielten Verhandlungsergebnis einverstanden? – Berücksichtigt werden alle gültig ausgefüllten Stimmzettel, die bis zum 17. Juni 2011 um 12 Uhr im Amt der Kärntner Landesregierung einlangen.“

(Nur so nebenbei – etliche dieser Zettel fand man beim Altpapier, es war also der Manipulation Tür und Tor geöffnet.) Weil aber bis zum 17. Juni wohl noch zu wenige Karten zurückgeschickt worden waren, hat man noch bis zum 22. Juni gewartet, um am 23. Juni das magere Ergebnis der Befragung bekanntzumachen. Dieses sieht so aus: Von den 442.287 Stimmberechtigten haben 146.836 (33,2 Prozent) ihre Stimme abgegeben. Berücksichtigt man auch die verspätet eingelangten Stimmen, erhöht sich die Gesamtbeteiligung auf 33,4 Prozent. Davon waren 141.276 Stimmen gültig und 5.560 ungültig. 95.920 Personen, also 67,9 Prozent stimmten mit „Ja“ und 45.356 Personen oder 32,1 Prozent mit „Nein“.

Also, rund ein Drittel der stimmberechtigten Kärntner haben sich an der Befragung beteiligt, und wiederum rund ein Drittel davon ist mit den Verhandlungen nicht einverstanden – soweit so gut.

Die ganze Aktion hat allerdings überhaupt keine Auswirkung auf Irgendetwas – ist für das Parlament nicht verbindlich.

Und noch bevor die Verhandlungsergebnisse vom Parlament abgesehen worden sind, meldete sich auch schon einer der „heiligen drei Könige“, der Hohe Repräsentant Zdravko Inzko zu Wort und erklärte, der Volksgruppentag des Rates der Kärntner Slowenen lehne den Gesetzesentwurf ab, da dieser nicht mit dem Memorandum übereinstimme – bumm! Daraufhin erklärte Landeshauptmann Dörfler, daß sein „Unwort des Jahres“ Inzko heißt, woraufhin Inzko erklärte, seine Mutter sei wegen dieser Äußerung in Tränen ausgebrochen.

Fesch schau ma jetzt aus!

Der Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Holzinger, hat den Beschluß zur Kärntner Ortstafellösung schon als „Sieg für den Rechtsstaat“ bezeichnet. Auch Österreichs Außenminister Spindelegger hatte sich zu früh gefreut, daß er das Kapitel in Bezug auf Slowenien abschließen könne. Die Reaktionen der Laibacher Politiker zeigen nämlich, daß man dort von einem Schlußstrich weit entfernt ist. Das slowenische Außenministerium ließ dem österreichischen Botschafter eine Verbalnote überreichen, in der festgehalten wird, daß Slowenien als Schutzmacht (!) der slowenischen Volksgruppe weiterhin auf eine „umfassende Erfüllung der Verpflichtungen Österreichs nach dem Staatsvertrag“ drängen werde. Das Volksgruppengesetz sei nicht das Ende des Weges, ließ Außenminister Samuel Zbogar wissen. Da nütze auch der Verfassungsrang des Gesetzes nichts.

Sie fordern weiterhin, was sie schon immer forderten:

BIS ZUM LETZTEN WILDSCHWEIN

Aus Weitblick Folge 60, März 2002

Zünder sind wieder einmal am Werk. Kein Anlaß ist ihnen zu blöd, um Unfrieden in Kärnten zu stiften.

Da kam doch der Jurist Rudi Vouk, vorsitzender Rat der Kärntner Slowenen und Sohn des seinerzeitigen Bezirksschulinspektors für Minderheitenschulwesen und Sekretärs von Filip Warasch im „Klub slowenischer Gemeinderäte“, bestärkt durch einen Tipp des VP-Klubobmannes NrAbg. Univ. Prof. Dr. Andreas Khol auf die Königsidee, die Bezahlung einer Verkehrsstrafe für zu schnelles Fahren mit der Begründung zu verweigern, daß die einsprachige Ortstafel für ihn als solche nicht erkennbar gewesen sei. Khol hatte bei einem Vortrag zum Thema „Welchen Stellenwert haben sprachliche Minderheiten in Europa?“ im Bildungshaus Tainach am 11.2.1992! dazu aufgerufen, in den betreffenden Ortschaften die 50 km/h-Beschränkung einfach zu mißachten: „Dann wird sich die Ungesetzlichkeit der Tafeln herausstellen“. Soviel zum juristischen Tipp! Man sollte meinen, daß Juristen zwischen Straßenverkehrsordnung und Volksgruppengesetz unterscheiden können, und Khol's Tipp ein Scherz unter Kollegen war.

Daß es kein Scherz war, war spätestens zu dem Zeitpunkt klar, als das Verfassungsgericht diese Eulenspiegelerei zum Anlaß genommen hat, um die Prozentklausel für die Topographie-Verordnung von 25 % slowenischem Bevölkerungsanteil auf 10 % zu senken. Daß der Herr Verfassungsgerichtshofpräsident Ludwig Adamovich zwar die Einladung der Kärntner Landesregierung im Vorfeld der Urteilsfindung zu einem Gespräch über die Lage in Kärnten mit den Worten: „Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich der freundlichen Einladung nicht Folge leisten möchte“ abgelehnt hat, sich dann aber mit dem slowenischen Präsidenten Kucan getroffen und mit diesem verhandelt hat, setzt der Aktion die Krone auf. Die in Kärnten erscheinende slowenische Zeitung „Naš tednik“ berichtet am 2.11.2001 in einer Ankündigung des Treffens,

daß ... „die Minderheitenfrage, bzw. die Beschwerde, die Anwalt Rudi Vouk an den Verfassungsgerichtshof gerichtet hat, im Vordergrund stehen wird“ und am 9.11.2001 meldet „Naš tednik“, daß Kucan dank des Verdienstes von Vouk genauestens über den Inhalt der Klage und der damit direkt und indirekt verbundenen Rechtsstandpunkte informiert war. Es war dem Herrn Präsidenten also wichtiger, dem Laibacher Altkommunisten Milan Kucan über eine beabsichtigte innerösterreichische Entscheidung zu berichten, als sich in Kärnten von der Lage der Dinge ein Bild zu machen.

Adamovich ist übrigens, was die Ortstafelfrage betrifft, - sozusagen - ein „Insider“. Er war seinerzeit Mitglied jener Studienkommission, die Bundeskanzler Kreisky in der Frage der Kärntner Minderheit beraten hat. Aus diesen Vorschlägen ist später auch das Ortstafelgesetz von 1976 gewachsen, das der Verfassungsgerichtshof jetzt plötzlich für verfassungswidrig erklärt hat.

Wie auch immer - es müßte sich inzwischen doch auch schon bis zum Verfassungsgerichtshof in Wien herumgesprochen haben, daß die slowenische Minderheit in Kärnten überhaupt keinen Prozentsatz anerkennt, weil sie auch kein Volkszählungsergebnis anerkennt.

Es verhält sich mit den Forderungen nach wie vor so, wie „Naš tednik“ Nr. 28 schon im Jahre 1977 gemeldet hat:

„Nicht nur Ortstafeln, sondern alle öffentlichen Aufschriften, vom Kanaldeckel bis zu den Schulen, den Gemeindeämtern, den Kasernen, den Denkmälern, den Straßenbezeichnungen, den Zügen und Autobussen usw. hin bis zu den zweisprachigen Bezeichnungen von Bildern, so konsequent, daß unter dem Bild neben Wildschwein auch divja svinja stehen wird“.

Wir fordern: Eine demokratische Minderheitenermittlung.

KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN – Medieninhaber und Hersteller: AFP, Berthold Schwarzstr. 33, 9020 Klagenfurt. – Helfen Sie uns bei der Verbreitung dieses Flugblattes! Wir senden Ihnen gerne weitere Exemplare sowie Probenummern der KOMMENTARE kostenlos zu! ALLE ZUSCHRIFTEN ERBITTEN WIR AN: A-1171 WIEN, POSTFACH 543. Besuchen Sie uns im Internet www.afp-kommentare.at. WEITBLICK - B. Schwarzstr. 33, 9020 Klagenfurt.

